

Fraktionsvorsitzender
Helmut J. Noe

Erster Bürgermeister a.D:

Tel.07152/23130
email:hrnoe@yahoo.de

Es gilt das gesprochene Wort.

Stellungnahme zum Kreishaushalt 2017

Sehr geehrter Herr Landrat,
sehr geehrte Damen und Herren Kreisräte,

im Prognos – Zukunftsatlas liegt der Landkreis Böblingen auf dem 5. Platz.

Beim Indikator „Forschung und Entwicklung „ liegen wir ganz vorne.

Mit Recht können wir auf dieses Ergebnis stolz sein. Es ist dies eine
Gemeinschaftsleistung aller
die im Erwerbsleben stehen.

Bei aller Freude über dieses Ergebnis möchte ich auf zwei Ereignisse der letzten
Tage hinweisen.

1. Stellvertreterin: Dr. Gabriele Moritz-Rahn, 71101 Schönaich, Tel.07031/655858
 2. Stellvertreter: Walter Arnold, Tel. 07031/384 154, E-Mail: pferdehof.arnold@gmx.de
 3. Stellvertreter: Prof. Dr. Axel Prokop, 71032 Böblingen, Tel. 07031/9812422, E-Mail: verletzt@klinikverbund-suedwest.de
- Schatzmeister: Dieter Haarer, 71083 Herrenberg-Kuppingen, Tel.07032/33447, E-Mail: dieter.haarer@web.de
Schriftführer: Claus Unger, Königstraße 29, 71139 Ehningen, Tel. 07034/121-133, E-Mail claus.unger@ehningen.de

So hat die IBM in München ein neues globales Zentrum für Internet of Things, kognitives Computing und künstliche Intelligenz gegründet.

Dieses neue Zentrum hätten wir gerne im Kreis Böblingen gehabt. Es wäre eine ideale Ergänzung der bestehenden Forschungseinrichtung der IBM in Böblingen gewesen.

In Böblingen arbeiten nach wie vor

2 000 Entwickler.

Bei der IQB Studie haben die 9.-Klässler in Baden- Württemberg im Fach Deutsch – Lesen, Schreiben und Zuhören - sehr schlecht abgeschnitten. Im Vergleich zur Studie von 2009 liegen wir im bundesweiten Vergleich auf dem 3. letzten Rang (bei 16 Bundesländer) . Im Sport spricht man hier von einem Relegationsplatz. Ein Abstiegsplatz ist es nicht – noch nicht.

Die Kultusministerin Dr. Susanne Eisenmann

hat mit Recht darauf hingewiesen, dass man sich in der Vergangenheit zu sehr mit Schulversuchen und Strukturdebatten beschäftigt habe.

Die Themen Leistung und Qualität habe man völlig aus den Augen verloren.

Sie sagt weiter“ **Der Leistungsgedanke** muss wieder eine stärkere Rolle spielen.

Wir müssen uns wieder mehr auf unsere Kernkompetenzen konzentrieren.“

Um wieder einen Vergleich mit dem Sport zu ziehen.

Wenn man die Latte beim Hochsprung soweit absenkt dass alle drüber kommen ist das sicher schön.

Aber es gibt keine Spitzensportler mehr.

Wenn wir unseren Wohlstand in Baden – Württemberg und hier im Kreis Böblingen wahren und mehren wollen müssen wir täglich an dieser Zielsetzung arbeiten. Wir dürfen uns nicht zurück lehnen oder träge werden. Andere Regionen und Länder in Deutschland schlafen nicht.

Einer guten Bildung unserer Kinder kommt hierbei eine Schlüsselfunktion zu. Wir müssen wieder einen Spitzenplatz im Ländervergleich erreichen.

Bildung, Schulen und Jugend

11 000 Schülerinnen und Schüler besuchen zur Zeit unsere Berufsschulen.

Bis 2025 wird mit einem Rückgang auf rund

9 600 gerechnet.

Der laufende Modernisierungsprozess und hier besonders die Digitalisierung an den Schulen findet unsere volle Unterstützung.

Wir brauchen leistungsfähige und leistungswillige Facharbeiter und Meister.

Sie müssen die Herausforderungen der Digitalisierung beherrschen. Nur so wird es möglich sein die Herausforderungen der Industrie 4.0 zu beherrschen und an zu nehmen.

Bei der Umstellung auf die Elektro-Motorisierung wird dies eine enorme Rolle spielen.

Das duale Ausbildungssystem muss weiter gestärkt werden.

Wir begrüßen die gute Entwicklung des Hermann – Hollerith – Zentrums und die Möglichkeiten für Absolventen der ADV, ein verkürztes Bachelorstudium dort auf zu nehmen.

Auf den Schulentwicklungsplan für die Kreis- Berufsschulen sind wir gespannt. Ihm kommt sicher eine große Bedeutung zu.

Im Jahr 2017 sollen ca. 10.0 Millionen Euro in die Sanierung der Schulen investiert werden. Hierbei sollen die Maßnahmen angegangen werden, die durch die Fremdnutzung (Sporthallen) verschoben wurden.

Ich hoffe, dass die Gebäudeverwaltung das alles auch umsetzen kann, zumal noch ein Immobilienkonzept für alle kreiseigenen Liegenschaften erarbeitet werden soll.

Soziales, Flüchtlinge, Unterbringung und Integration

Der Sozialetat ist traditionell der größte Brocken im Haushalt eines Landkreises. Von 100 Euro der gesamten allgemeinen Deckungsmittel der Landkreise in Baden-Württemberg müssen rund 78 Euro für Soziales ausgegeben werden. Zweifellos werden die Landkreise ihrer Aufgabe und ihrer sozialen Verantwortung gerecht.

Der überwiegende Teil des Sozialetats ist fremd bestimmt und vom Gesetzgeber vorgegeben.

Die Eingliederungshilfe für behinderte Menschen erreicht im Jahr 2017 mit **51,08 Mio Euro einen neuen Höchststand.**

Hier muss der Bund bald für eine nachhaltige Entlastung sorgen. Die sogenannte „Vorab- Milliarde“ ist nicht ausreichend.

Leider wird das Bundesteilhabegesetz durch weitere Anspruchsberechtigungen für einen nochmaligen Anstieg der Behindertenhilfe sorgen.

Die Aufnahme der Flüchtlinge im Jahr 2015 bis zum April dieses Jahr hat die ganze Arbeitskraft des Sozialdezernats und der Gebäudeverwaltung gefordert. Deshalb ihnen, Herr Schmid und ihnen Herr Sendersky mit all ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern herzlichen Dank.

Der Dank gilt auch den Städten und Gemeinden für die gute Zusammenarbeit. Einen großen Einsatz zeigten die vielen ehrenamtlichen Helfer; ohne diese Helfergemeinschaft wäre diese Aufgabe nicht zu bewältigen gewesen. Bei den Kosten der Flüchtlingsaufnahme geht der Kreis davon aus, dass das Land die aufgelaufenen Kosten zu hundert Prozent erstattet.

Wir sind froh, dass die Zahl der Flüchtlinge entscheidend zurückgegangen ist. Wir unterstützen den Landkreis darin, die Liegenschaften für die Erstunterbringung nach Möglichkeit den Kommunen für die Anschlussunterbringung zu akzeptablen Konditionen zur Verfügung zu stellen.

Aufgrund der unsicheren internationalen Lage wissen wir nicht, ob die Flüchtlingszahlen nicht doch wieder ansteigen. Deshalb ist es richtig, eine gewisse Raumreserve vorzuhalten.

Leider steht das Land nicht zu seiner Verantwortung bei der Kostenerstattung für die Flüchtlinge in der Anschlussunterbringung bei den Gemeinden.

Ich zitiere den Präsidenten des Landkreistages Baden-Württemberg, Landrat Walter aus Tübingen, der beim Landkreistag in Reutlingen am 24. Oktober 2016 an die Adresse des Ministerpräsidenten gesagt hat **„Sie selbst haben mehrfach betont, dass die vorläufige Unterbringung keine kommunale sondern eine staatliche Aufgabe sei. Schon aus diesem Grunde muss ich jede Inanspruchnahme der Kommune durch einen sogenannten Vorwegabzug im Finanzausgleich ablehnen.“**

Der Präsident des Landkreistags hat Recht.

Wir beantragen, dem DRK-Kreisverband für das Projekt Dream-Doctors für die Haushaltsjahre 2017 und 2018 zusammen 150 000 Euro zur Verfügung zu stellen. Um dieses Projekt auf eine sichere finanzielle Basis zu stellen, sollte die Kreisverwaltung den DRK-Kreisverband bei der Suche nach einem Projektpaten zu unterstützen.

Erfreulich ist die Entwicklung im Jugendhilfeetat. Die Ausgaben konnten unter Beibehaltung der Qualität der Jugendhilfe auf das durchschnittliche Niveau in Baden-Württemberg abgesenkt werden.

Für die Integration der Flüchtlinge setzen wir auf die bewährte Zusammenarbeit zwischen dem Sozialdezernat, den Trägern der Jugendhilfe und den Kommunen.

Dem Kreistag liegt ein Antrag für die Einführung eine Sozialtickets vor.

Wir sind der Auffassung, dass dies eine Landesaufgabe ist.

Klinikverbund

Bei der Schaffung einer leistungsfähigen und zukunftsorientierten Klinikstruktur im Kreis sind wir gut vorangekommen. Das Grundstück ist gekauft und der städtebauliche Wettbewerb ist erfolgreich abgeschlossen.

Es hat sich gezeigt, dass das Grundstück auf dem Flugfeld für einen Klinikbau bestens geeignet ist.

Der erste Preis des Städtebaulichen Wettbewerbs ist eine ausgezeichnete Grundlage für die Bebauungsplanung und die Hochbauplanung.

Wir bekommen eine gute

„ Städtebauliche Krankenhaus – Adresse –,,

Auf Empfehlung des Preisgerichts sollte für die aktuelle und künftige bauliche Entwicklung im Osten des Klinikgrundstücks eine Erweiterungsfläche gesichert werden.

Diese Empfehlung halten wir für sinnvoll und stellen einen Antrag, mit dem Zweckverband über den Kauf eines angrenzenden Grundstücks Gespräche auf zu nehmen.

BIM Virtuelles und Reales Bauen

Der Vorschlag unseres Projektgeschäftsführers Harald Schäfer, das BIM System bei unserem Krankenhausneubau einzusetzen war richtig.

Die Informationsreise nach Oslo war sehr informativ und hat uns im Ergebnis überzeugt.

Die Stiftung Bauwesen hat am 4. 11. 2016 an der Universität Stuttgart eine Veranstaltung zum Thema:

„ Virtuelles und Reales Bauen

Building Information Modeling – BIM“

durchgeführt.

Ich habe diese Vortragsveranstaltung besucht.

Jean Luc Perrin, Dipl. Spitalmanager in Basel hat über den Neubau des Felix Platter-Spitals in Basel berichtet. Dieser Neubau wird 2018 schlüsselfertig übergeben.(GÜ). BIM wird eingesetzt. Es ist ernsthaft zu überlegen dort einen Besuch zu machen und sich informieren zu lassen. (BIM, Vergabeart) Das wäre an einem Tag zu bewältigen.

Alle Referenten haben es auf den Punkt gebracht:

„ Erst digital dann real bauen“

Dabei hat man den gesamten Lebenszyklus eines Gebäudes im Auge.

Aber BIM ersetzt nicht das Denken der Architekten und Ingenieure.

BIM entlässt uns nicht aus unserer Verantwortung als Kreistag und Projektverantwortliche, aber es kann uns entscheidend helfen und vor Fehlern bewahren.

Mit unserem Antrag soll der Projektgeschäftsführer prüfen, ob BIM auch für die Investitionen in Herrenberg und Leonberg eingesetzt werden könnte und sollte.

Dabei denken wir vor allem an die Bewirtschaftung der Gebäude nach Beendigung der Baumaßnahmen.

Der Kreistag wird heute über die Zielplanung für die Krankenhäuser Herrenberg und Leonberg beschließen.

Der Auftrag des Kreistags vom 15. Dezember 2015 das vorliegende Gutachten noch einmal hinsichtlich der Funktionalität und Kosten zu überprüfen hat sich gelohnt.

Die Grobkostenschätzung für das Haus in Leonberg nach dem Gutachten HWP Variante 1 belief sich auf 69.2 Millionen Euro,

Die aktualisierte Kostenschätzung geht von 58.8 Mio Euro aus. Das Zentrum für Psychiatrie baut sein Gebäude selbst und das Land bezahlt es.

Für das Haus in Herrenberg steigen die Kosten um 1.7 Mio Euro auf 28.3 Mio Euro.

Insgesamt geben wir für beide Häuser 87.1 Mio Euro in den nächsten 10 Jahren aus.

Bei einem angenommenen Zuschuss des Landes von 21.8 Mio Euro, das sind 25 % und einer Entnahme aus der Rücklage mit 9 Mio Euro muss der Kreis ca. **56.3 Mio Euro** aus der eigenen Kasse aufbringen. Wir werden diese Investition nur über zinsgünstige Kredite finanzieren können.

Das Land muss mehr Mittel für die Investitionen in die Krankenhäuser zur Verfügung stellen. Beim Neubau müsste das Land nach der Gesetzeslage 100 % der zuschussfähigen Kosten übernehmen.

Der Zuschussbedarf unserer Kliniken ist mit ca. 16.5 Mio Euro nach wie vor zu hoch und ist eine erhebliche Belastung für den Kreishaushalt.

Unser neuer Geschäftsführer Herr Dr. Noetzel wird eine SWOT Analyse vornehmen und dann Vorschläge für eine mögliche Kostensenkung vorlegen.

Sorgen bereitet uns die Entwicklung in den Notaufnahmen der Krankenhäuser.

Nur etwa 30 % der dort ankommenden Patienten sind echte Notfälle.

Die meisten Patienten müssten zunächst zu ihrem Hausarzt oder zu einem Facharzt.

Erst in zweiter Linie kommen die Notfallpraxen der niedergelassenen Ärzte infrage.

Viele Patienten können zwischen der Notaufnahme des Krankenhauses und der Notfallpraxis der Niedergelassenen nicht unterscheiden.

Hier ist dringender Handlungsbedarf angesagt.

Wir beantragen eine intensive Öffentlichkeitsarbeit für die Bevölkerung mit dem Ziel, dass die Menschen zu erst zum Haus- oder Facharzt gehen.

Nur echte Notfälle dürfen und sollen bei der Notaufnahme im Krankenhaus ankommen.

Organisatorische und räumliche Maßnahmen sind notwendig, um die Menschen im Krankenhaus richtig zu lenken.

Auch ist eine angemessene Bezahlung für die Behandlung der Patienten notwendig.

Das Krankenhaus müsste für Patienten in der Notaufnahme mindestens 127 Euro pro Patient bekommen. In Wirklichkeit sind es nur ca 27 Euro. Das Ergebnis ist ein Defizit im Klinikverbund von z. Zeit ca. 8.0 Mio Euro.

Mit unserem Antrag wollen wir die Geschäftsführung des Klinikverbundes beauftragen, in unserem Sinne die entsprechenden Maßnahmen ein zu leiten.

Mobilität –ÖPNV, Straßenbau und Straßenmeisterei

Der Beschluss der Regionalversammlung den 15 -Minuten -Takt ganztags ein zu führen hat vor allem in den Verbundlandkreisen für erhebliche Irritationen gesorgt.

Ich habe als Mitglied der Regionalversammlung aus voller Überzeugung für diesen Beschluss gestimmt.

Es wäre allerdings richtig gewesen, wenn sich die Verbandsverwaltung vor der Entscheidung mit den Verbundlandkreisen im Sinne des Geistes der Kooperation nach dem ÖPNV - Pakt

in Verbindung gesetzt hätte. Der Brief der Landräte wäre vermeidbar gewesen, wenn vor der Beschlussfassung die Maßnahme erläutert worden wäre. Interessant ist dabei, dass OB Kuhn für die Landeshauptstadt nicht unterschrieben hat. Er hat aber auch für die Einführung des 15 Minuten – Taktes gestimmt.

In der Region Stuttgart haben noch nie so viele Menschen gelebt wie heute.

In der Region hatten auch noch nie so viele Menschen einen Arbeitsplatz.

Mit über 900 000 Menschen

haben wir die höchste Pendlerzahl in der Region die bisher erreicht wurde.

Auf den Straßen, in den Bussen und Bahnen können wir das nunmehr täglich erleben.

Die Nachfrage im ÖPNV hat im ersten Halbjahr 2016 erneut zu genommen. 187.5 Mio Fahrten sind mit den öffentlichen Verkehrsmitteln unternommen worden. Das sind 5.6 Mio Fahrten mehr als zum gleichen Zeitraum im Vorjahr

(Steigerung um 3.1 %)

Warum soll der 15 Minuten-Takt eingeführt werden?

Weil sich die Fahrgewohnheiten der Menschen erheblich verändert haben.

Der Direktor für Verkehr und Infrastruktur beim Verband Region Stuttgart , Herr Dr. Wurmthaler,

hat in der Regionalversammlung erklärt, dass

inzwischen **46 % mehr Fahrgäste** zwischen 8 Uhr und 9 Uhr in der S Bahn sitzen als vor 20 Jahren.

In der Spitzenstunde von 7 bis 8 Uhr hat die Zahl der Fahrgäste dagegen mit **plus 15 %** nur unterproportional zugenommen.

Wenn aber zwischen 8 und 9 Uhr die Zahl der Fahrgäste um 46 % zugenommen hat, dann muss sich auch der 15 Minuten -Takt dieser Entwicklung anpassen.

Bisher fahren die letzten S-Bahnen im 15 Minuten-Takt gegen 8.30 Uhr los.

Als erster Schritt soll der 15 Minuten-Takt bis 10Uhr ausgedehnt werden.

Ein nächster Schritt wäre dann Ende 2018 die Ausweitung des Taktes von 12 bis 15 Uhr .

Diese Ausweitung ist besonders für Teilzeitbeschäftigte von Bedeutung, die entweder erst am Nachmittag ihre Arbeit aufnehmen oder nach getaner Arbeit umgehend nach Hause wollen. (Viele berufstätige Mütter, Kinderbetreuung).

Die letzte Lücke würde dann Ende 2019 geschlossen. Dann wäre der 15 Minuten-Takt von 6 Uhr bis 20 Uhr 30 gegeben.

Die Ausdehnung des 15 Minuten-Takts ist ein großer Schritt hin zu einem noch besseren ÖPNV -Angebot in der Region.

Dieses Angebot kann aber nur dann finanziert werden, wenn das Land die hierfür notwendigen Regionalisierungsmittel, die es vom Bund erhält, an den Verband weitergibt.

Bereits in diesem Jahr erhält der Verband ca. 5.0 Mio Euro mehr an Regionalisierungsmittel als geplant. Das heißt, die erste Stufe der Taktausdehnung ist finanziert.

Die Bruttoaufwendungen betragen ca 21.0 Mio Euro, davon sind noch ca. 4.0 Mio Euro nicht finanziert.

Die Signale aus dem Verkehrsministerium sind positiv, dass die Mittel an den Verband fließen. Das Land erhält ja ca. 20% mehr Regionalisierungsmittel vom Bund in den nächsten Jahren.

Ich hoffe, dass das Land zu seiner Verantwortung steht, den ÖPNV stärker zu fördern als bisher.

Noch ein Wort zur Umsetzung. Nur dort wo es technisch möglich ist, wird der 15 Minuten-Takt ausgedehnt.

Leider gilt das bei der S 60 nicht.(Auch nicht Marbach-Backnang). Da aber auf der S 1 und S 6 mehr Züge durch den neuen Takt ankommen kann teilweise der Takt auf der S 60 verbessert werden.

Zwischen Böblingen und Sindelfingen stehen nur 2 Gleise zur Verfügung. Diese sind mit der

S-Bahn und Güterzügen belegt. Eine Taktverdichtung ist nicht möglich. Vor allem internationale Güterzüge aus Österreich fahren Richtung Kornwestheim hier durch.

Es ist richtig, dass durch diese Taktausdehnung faktisch ein Druck auf die Träger der Busverkehre entsteht. Sie sollten die Busverkehre auch auf den 15 Minuten-Takt ausdehnen.

Wir beantragen zu berechnen, welche Kosten hier entstehen können.

Der ÖPNV Pakt geht nur von einer An- und Abienung durch Busverkehre im 30 Minuten-Takt aus.

Aber alles steht unter Haushaltsvorbehalt.

Am 11. November begannen offiziell die Bauarbeiten für den Ausbau der Schönbuchbahn.

Wir wollen die Elektrifizierung und den 15 Minuten-Takt zwischen Holzgerlingen und Böblingen.

Wir erwarten vom Land eine Förderung für die Fahrzeug – Beschaffung.

Mit dem Betriebsbeginn der Bahn ist mit einer Umlagebelastung von ca. 10,0 Mio Euro im Jahr zu rechnen.

Aus dem Fahrgeld – Einnahme – Topf des VVS erhoffen wir ab 2020 mehr Fahrgeldeinnahmen. Die Entwicklung der Fahrgastzahlen der Schönbuchbahn würde dies heute schon rechtfertigen.

Bei der **Hermann Hesse Bahn** möchten wir die anhängigen Verfahren vor Gericht und bei den Planfeststellungsverfahren abwarten, bevor wir eine Entscheidung über eine mögliche Beteiligung an den Investitionskosten treffen.

Mehrheitlich sind wir der Auffassung, dass diese Bahn auch für den Kreis Böblingen Vorteile haben wird.

Die Verlängerung der S 6 nach Calw wäre die beste Lösung.

Wir stellen den Antrag, dass sich der Kreis mit bis zu 1/3 an den Kosten der standardisierten Bewertung für diese S-Bahn Verlängerung beteiligt. Dieses Drittel gilt aber nur für diese Untersuchung. Die Untersuchung wird max. ca. 200 000 Euro kosten.

Von Bedeutung ist für unsere Fraktion, dass der Stresstest der Bahn positiv verläuft und der

S-Bahnbetrieb in jedem Falle Vorrang vor der Hermann Hesse Bahn hat.

Im November soll der Stresstest vorgestellt werden und die Vereinbarung für den Vorrang im Betrieb für die S 6 ist offensichtlich abschließend verhandelt. Der Verkehrsausschuss wird dies hoffentlich noch in diesem Jahr beschließen.

Straßen

Zur Zeit erleben wir wieder tag täglich, dass wir in einer **Stauregion** leben. Selbst wenn es gelänge, bis zu 20 % mehr Fahrgäste für den ÖPNV zu gewinnen, müssen wir trotzdem dort unser Straßennetz optimieren wo offensichtliche Engpässe bestehen.

Der Ausbau der A 81 zwischen dem Vaihinger Kreuz und Böblingen – Hulb mit der Überdeckung zwischen Böblingen und Sindelfingen muss umgehend realisiert werden.

Herr Landrat halten sie den Druck im Kessel hoch, aber auch beim Lückenschluss in Renningen. Hierzu stellen wir einen Antrag.

Wir brauchen dringend eine leistungsgerechte Verbindung von der B 295 mit der B 464. Die Schleichverkehre und die Belästigung der Bürgerschaft in Renningen und anderen Kommunen muss aufhören.

Der jetzige Zustand ist für den wirtschaftsstarken Landkreis Böblingen ein Skandal.

Wir beantragen auch, die K 1057 von der Thermalbad Kreuzung bis zur Panzerkaserne zu optimieren. Der Verkehr staut sich zwischen der neuen Kreuzung und der Panzerkaserne. Das hat auch mit der neuen Nutzung auf dem Militärgelände zu tun. (Hotel, Kaufhaus und Schule). Das Straßenbauamt muss die Situation umfassend analysieren und effektive Vorschläge zur Behebung der Staus erarbeiten.

Ab 2018 wird der Engelbergtunnel saniert. Die Arbeiten sind bis 2022 terminiert.

Deshalb müssen die o. g. Straßenbaumaßnahmen beim Lückenschluss und an der A 81 auf einander abgestimmt werden.

Zuerst muss der Lückenschluss kommen, damit beim Ausbau der A 81 wenigstens auf der B 464 und der B 295 der Verkehr einigermaßen läuft.

Breitbandatlas

Die ausgeschriebene Backbone – Planung und deren Umsetzung findet unsere volle Unterstützung.

Die Zukunft gehört der Glasfaser.

Wir möchten allerdings noch eine Risikoabschätzung vornehmen, bevor wir die nächsten Schritte gehen. (Gründung der Gesellschaft usw.) Dazu müssen alle entscheidungsrelevanten Daten vorliegen.

Die vorliegende DS zeigt zu Recht auf, welche Fragen noch zu beantworten sind bevor wir eine Gesellschaft gründen oder gar Personal einstellen.

Für den Kreis brauchen wir einen Ansprechpartner. Zu fragen wäre aber, ob eine solche Stelle, in Abstimmung mit den anderen Gesellschaftern, nicht effizienter bei der Gesellschaft angesiedelt werden könnte.

Abfallwirtschaft

Wir beantragen, noch mehr als bisher für die Einführung der Wertstofftonne zu werben.

Weiter bitten wir zu prüfen, ob die Abfallwirtschaft eine Senkung der Leerungsgebühr von 3. 50 Euro auf unter 3.0 Euro für machbar hält.

Eine Gebührensenkung wäre in jedem Fall ein Anreiz die Tonne zu bestellen.

Finanzen, Erweiterung Landratsamt , Kreisumlage

Die Erweiterung des Landratsamtes und die Finanzierung durch den Abfallwirtschaftsbetrieb erscheint uns sinnvoll.

Für einen **Grundsatzbeschluss** sind noch weitere wichtige Rahmenbedingungen zu klären und dem Kreistag vor zu legen.

Wir beantragen deshalb, ein **ganzheitliches Raumprogramm** zu erstellen, das der Grundsatzentscheidung zu Grunde zu legen ist.

Dazu gehören außerdem:

Ein Finanzierungskonzept

Eine Wirtschaftlichkeitsberechnung

Eine Konzeption für ein Parkplatzangebot

Mit der Stadt Böblingen ist wegen der Änderung des bestehenden Bebauungsplans das Gespräch zu suchen. Wir wollen eine wirtschaftliche Lösung mit einem ansprechenden Städtebau.

Der Haushaltsplanentwurf wurde am

10. Oktober 2016 mit einem Kreisumlage – Hebesatz von **35.5 % Punkten** eingebracht.

Sie Herr Landrat haben glaubhaft dargelegt, dass sie sich mit ihren Dezernenten sehr angestrengt haben, um eine Absenkung von 1.5 % Punkten anbieten zu können.

Das anerkennen wir.

Angesichts der sehr guten Wirtschaftslage, einer einmalig hohen Steuerkraftsumme und eines wiederum glänzenden Jahresabschlusses von 26.0 Mio Euro im Jahr **2015 wollten wir beantragen die Umlage auf**

34.5 % Punkte

festzulegen.

Die Einnahmen bei der Grunderwerbsteuer werden auch in diesem Jahr deutlich über dem Planansatz von 24.0 Mio Euro liegen. Zum 30. 9. 2016 haben wir schon 21.8 Mio Euro eingenommen.

Zur Finanzierung der Absenkung der Kreisumlage schlagen wir vor, den Neubau des Kreistierheims mit einem Kredit zu finanzieren, der von der Anstalt des öffentlichen Rechts aufgenommen wird. Das wären 2.4 Mio Euro. Bei der HH Stelle 443 100 70 TH 13 Gebäudewirtschaft ist ein Betrag von 0.6 Mio Euro zu kürzen.

Damit wären 0.5 % Punkte Kreisumlagesenkung erwirtschaftet, der Rest wird aus dem guten Rechnungsergebnis 2016 kommen.

Trotz der Absenkung der Umlage kann der Kreis seine Aufgaben gut erfüllen. Ein weiterer Schuldenabbau im Kernhaushalt ist möglich und der Rücklage für den Klinikneubau können Mittel zugeführt werden.

Zur Konsolidierung des Landeshaushalts hatte die Regierung vor, von den Kommunen einen Sparbeitrag von 300 Mio Euro über eine weitere Vorwegentnahme aus dem FAG zu verlangen. Angeblich fehlen im Landeshaushalt mittelfristig 2.5 Mia Euro.

Nach langen Verhandlungen hat man sich jetzt auf 200 Mio Euro geeinigt. Die neue Steuerschätzung beschert dem Land 76 Mio Euro mehr als im Haushaltsentwurf veranschlagt ist.

Außerdem erhalten die Kommunen Mittel für die Anschlussunterbringung der Flüchtlinge in Höhe von

1 125 Euro je Flüchtling.

Ein Teil von **90 Mio Euro** wird **pauschal gezahlt**, ein anderer Teil von **70 Mio Euro über ein sogenanntes Förderprogramm.**

(Bürokratie)

Es ist offensichtlich, dass diese Gelder nicht ausreichend sein werden. Die Gelder des Bundes an das Land müssen an die Kommunen weitergegeben werden.

Die Kommunen mit ihren ehrenamtlichen und hauptamtlichen Kräften tragen die Hauptlast der Integration der Flüchtlinge. **Das gesamte kommunale Dienstleistungsangebot muss angepasst werden. Wohngebäude müssen erstellt werden, Kindertagesstätten und Schulen sind zu erweitern.**

Die Aufnahme und die Integration von Flüchtlingen ist eine **nationale Aufgabe.**

Wir stellen uns dieser Aufgabe.

Der Kreis bekommt offensichtlich seine Kosten erstattet. Ob aber die Spitzabrechnung kommt ist mehr als fraglich.

Gerade auch weil das Land die Kommunen ein gutes Stück bei der Integration der Flüchtlinge alleine lässt und auch noch einen Sparbeitrag von jetzt 200 Mio Euro verlangt muss die Kreisumlage über den Verwaltungsvorschlag hinaus weiter abgesenkt werden.

Dabei darf nicht vergessen werden, dass ursprünglich zugesagt war, die schon bestehende Vorwegentnahme von 300 Mio Euro 2017 zu streichen.

Die Kommunen leisten also einen Konsolidierungsbeitrag von 500 Mio Euro für den Landeshaushalt.

Herr Landrat sie haben auch von Risiken im Zusammenhang mit der Vorwegentnahme von ursprünglich 300 Mio Euro gesprochen.

Da der Betrag der Vorwegentnahme jetzt auf 200 Mio Euro gesenkt wurde, halten wir dieses Risiko für beherrschbar und aus den liquiden Mitteln für finanzierbar.

Am 11. November 2016 kam dann die Nachricht, dass der Kopfbetrag nach dem FAG auf 664 Euro/ EW festgesetzt wird. Das sind 14 Euro /EW mehr als im Haushaltsentwurf geplant. Die Mehreinnahmen betragen netto 3.8 Mio Euro.

Wir beantragen deshalb, die Kreisumlage auf

34.0 % Punkte festzusetzen.

Dieser Hebesatz ist vernünftig und vertretbar.

Wir können aus einem Vermögenserlös der Rücklage Flugfeldklinikum Mittel zuweisen. Ich bin mir sicher, nach dem Rechnungsergebnis 2016 kann dieser Betrag aufgestockt werden. Insofern Herr Landrat kommen wir ihrem Vorschlag zur Verwendung der Mehreinnahmen sehr entgegen.

Abschließend möchte ich noch zwei Punkte kurz ansprechen.

Im Ältestenrat haben wir uns auf den Sitzungsplan für das Jahr 2017 geeinigt. Im Jahr 2018 müssen wir uns für die nächste Wahlperiode ernsthaft Gedanken machen, die Sitzungszeiten zu verändern.

Viele Kolleginnen und Kollegen des Kreistags haben Probleme morgens um 9 Uhr oder nachmittags um 14 Uhr zu Sitzungen zu kommen.

Wenn wir wollen, dass die Besetzung des Kreistags einigermaßen ein Querschnitt der Bevölkerung darstellen soll, müssen wir uns den veränderten Lebens- und Arbeitsverhältnissen anpassen.

In der Vergangenheit haben wir uns im Kreistag mit der Struktur unseres Haushalts erst dann auseinander gesetzt, wenn die **Kreisfinanzen in einer Schieflage waren.**

Sollten wir uns nicht jetzt Gedanken über die **Struktur** unseres Haushalts machen **wo es uns doch so gut geht?**

Ich bedanke mich bei Ihnen Herr Landrat, Herrn Dezernent Jakob und unserem
Kreiskämmerer Hinck für die Erstellung der Planwerke. Unser Dank gilt allen, die
bei der Aufstellung der Pläne mitgewirkt haben.

Böblingen, 14. November 2016

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Helmut J. Noë'. The signature is written in a cursive style with a long horizontal stroke at the end.

Helmut J. Noë